

Kommunale Finanzen in Sachsen-Anhalt: Verschuldung sinkt – aber negative Aussichten

Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite bleiben konstant / rapide Einnahmeverluste absehbar / Steuerkraft gering

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt ist stabil, dennoch sind die Aussichten nicht rosig. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Gewaltigen Herausforderungen stehen die Kommunen angesichts des auslaufenden Solidarpakts und der starken Bevölkerungsverluste gegenüber. Die Bertelsmann Stiftung spricht sich dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln. Gleichzeitig sollte auch für die Kommunen eine wirksame Schuldenbremse erlassen werden.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Sachsen-Anhalt zum Stichtag (31.12.2011) betrug 3,45 Milliarden Euro. Das sind rund 560 Millionen Euro weniger als 2007. Die Kassenkredite sind von 971 Millionen auf 932 Millionen Euro gesunken. Da parallel aber auch die Einwohnerzahl zurückging, blieb die pro-Kopf-Verschuldung konstant. Im Bundesdurchschnitt stiegen die Kassenkredite zwischen 2007 und 2011 um über 50 Prozent. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen sollten. Sie sind damit Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden. Mit steigenden Kassenkrediten wird auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur enger.

Deutlich reduziert wurde das Volumen der Investitionskredite von 3 auf 2,5 Milliarden Euro. Die Kassenkredite machen 2011 dennoch bereits mehr als ein Viertel aller kommunalen Schulden aus. In Sachsen sind es hingegen nur 2 Prozent. „Die Stabilisierung ist nur ein scheinbarer Erfolg. Angesichts der kommenden Einnahmeverluste müssen die Kassenkredite so schnell als möglich abgebaut werden“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung und Mitverfasser der Studie.

Die Haushaltslage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite spürbar reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala befindet sich das Saarland mit Pro-Kopf 1.754 Euro. In Sachsen-Anhalt sind es 401 Euro.

Auffällig sind in Sachsen-Anhalt die großen regionalen Unterschiede. Ein gefährliches Niveau haben die Kassenkredite in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld, Salzlandkreis und Harz erreicht (878, 625, 615 Euro pro Kopf). Die Kreise Burgendlandkreis, Saalekreis und Börde liegen hingegen bei weniger als 100 Euro pro Einwohner. Dramatisch ist die Lage in Halle. Die Stadt trägt allein rund ein Viertel aller Kassenkredite in Sachsen-Anhalt.

Derzeit profitieren die verschuldeten Gemeinden und Kreise von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Normalisierung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte René Geißler. Die Bauausgaben der Kommunen lagen im Jahr 2011 pro Kopf leicht über dem Bundesdurchschnitt. „Dieses Niveau ist angesichts des auslaufenden Solidarpakts nicht haltbar“, sagte Geißler.

Ein weiterer Indikator der Finanzsituation ist die Relation von Geldschulden und Finanzvermögen, überwiegend Bareinlagen und Anteilsrechte an Unternehmen. In Sachsen-Anhalt sind die Geldschulden rund drei Mal so hoch wie das Finanzvermögen. Einzig in Baden-Württemberg werden die Schulden vollständig gedeckt. Im Saarland hingegen summiert sich das Finanzvermögen auf mehr als das Neunfache der Geldschulden.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Sachsen-Anhalt liegt hier mit 61 Prozent leicht oberhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Der Blick auf die Hebesätze verrät, dass die lokale Politik ihrer Verantwortung auf der Einnahmeseite nur bedingt nachkommt. Die Hebesätze der Grundsteuer B liegen in Sachsen-Anhalt unter dem Bundesschnitt (386 versus 398 Punkte). Im Vergleich erheben die sächsischen Gemeinden bundesweit die höchsten Hebesätze von 479 Punkten im Landesdurchschnitt. Halle erhöhte die Grundsteuer B im Zeitraum 2007 zu 2011 um 35 auf 475 Punkte, ist damit aber noch weit von den Spitzenreitern Leipzig und Dresden mit 650 und 635 Punkten entfernt. „Steuererhöhungen sind politisch unangenehm, aber langjähriger Einnahmeverzicht verschärft die Haushaltskrise“, sagte Geißler.

Ein Abbau der Kreditbelastung ist für die hoch verschuldeten Kommunen allein kaum möglich, so der Finanzreport. „Ein Ausweg kann allenfalls langfristig gefunden werden. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagte Geißler. Einiges sei auf den Weg gebracht. So habe der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet. Das Land gründete einen Entschuldungsfonds. Gleichzeitig empfiehlt der Finanzreport eine gesetzliche Schuldenbremse auch auf kommunaler Ebene, um ein Abrutschen weiterer Gemeinden und Kreise in die Verschuldung zu verhindern.

Das Auslaufen des Solidarpaktes stellt die Kommunen in Sachsen-Anhalt vor große Herausforderungen. Die Zuweisungen des Landes werden drastisch sinken. Die Steuerkraft bleibt mit unter 60 Prozent des westdeutschen Niveaus gering. Hinzu treten die Folgen der Bevölkerungsverluste, die zu geringeren Einnahmen bei oftmals konstanten Ausgaben führen. „Die langfristige Stabilisierung der Haushaltslage gleicht einer Herkulesaufgabe“, sagte René Geißler.

Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:

Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal www.wegweiser-kommune.de.

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de**

Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de